



Von Serdjukow zu Schojgu – Wechsel der russischen Verteidigungsminister

Prof. Dr. Eberhard Schneider

März 2013

Zusammenfassung

Der Autor geht der Frage nach, warum der russische Präsident Wladimir Putin im vergangenen November seinen Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow überraschend ablöste und warum er ihn nicht bat, selbst ein Entlassungsgesuch zu schreiben. Verschiedene Erklärungsmuster werden untersucht. War die Entlassung Serdjukows ein *Fait accompli* gegen Putin? Lässt Putins Integrationskraft im „Politbüro 2.0“ nach? Wie führt der neue Verteidigungsminister, Armeegeneral Sergej Schojgu, die Militärreform weiter, die Serdjukow Ende 2008 eingeleitet hatte? In welchem Maße gibt Schojgu dem Druck wichtiger Militärs nach, die gegen die Militärreform sind, indem er die Militärreform abschwächt?

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



ANALYSE

Am 6. November 2012 entließ Präsident Wladimir Putin Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow.¹ Zum Nachfolger ernannte er den erst seit sechs Monaten amtierenden Gouverneur des Gebiets Moskau, Sergej Schojgu, der vorher 18 Jahre lang Minister für Zivilverteidigung und Katastrophenschutz im Rang eines Armeegenerals war und als dienstältester Minister bei der Bevölkerung populär ist, weil sein Ministerium bei Katastrophenfällen relativ schnell vor Ort war und half. Drei Tage später löste Putin Generalstabschef, Armeegeneral Nikolaj Makarow (seit 2008), ab, dessen Amtszeit er erst im Juli um zwei Jahre verlängert hatte. Zu dessen Nachfolger ernannte er Makarows bisherigen Stellvertreter, Generaloberst Walerij Gerassimow, der bis dahin Oberbefehlshaber des Zentralen Militärbezirks war. Als Generalstabschef ist er nun zugleich Erster Stellvertretender Verteidigungsminister.

Putin, der Serdjukow im Jahr 2007 als damaliger Präsident zum Verteidigungsminister ernannt hatte, verteidigte immer Serdjukow gegen Angriffe aus dessen Umgebung, und Serdjukow hatte umgekehrt bei Putin einen großen Vertrauenskredit. Warum löste Putin überraschend Verteidigungsminister Serdjukow ab? Warum bat er nicht Serdjukow, selbst ein gesichtswahrendes Entlassungsgesuch zu schreiben?

Erklärungsmuster Korruption: Das vom Verteidigungsministerium kontrollierte Unternehmen „Oboronserwis“ soll durch den illegalen Verkauf von Immobilien und Grundstücken des Verteidigungsministeriums einen Schaden von 3 Mrd. Rubel (ca. 150 Mio. €) verursacht haben. Zum ersten Mal wurde ein solcher Korruptionsvorwurf gegen einen Minister erhoben mit der Folge, dass er entlassen wurde. Das Signal, das Putin damit gab, war eindeutig: Korruption wird in Zukunft bekämpft ohne Ansehen der Person.

Die Vorsitzende des Aufsichtsrats von „Oboronserwis“ ist Jewgenija Wassiljewa, die neue Freundin Serdjukows, die inzwischen verhaftet worden ist. Verheiratet ist Serdjukow mit der Tochter von Wiktor Subkow, der von 2007 bis 2008 Regierungschef und danach bis zur Regierungsumbildung im Mai 2012 Erster Stellvertretender Regierungschef war.

Weitere Verfahren wegen Korruption sind in Russland eingeleitet worden. Der Kreml gab dem Innenministerium das Signal, dass die Behörden jetzt in allen vorhandenen Verdachtsfällen ermitteln können, auch dann, wenn es sich um hochgestellte Personen handelt, und egal, wie lange die Vorfälle zurückliegen.² So muss sich die ehemalige Landwirtschaftsministerin Jelena Skrynnik (bis Mai 2012), die inzwischen aus Frankreich nach Russland zurückgekehrt ist, dem Vorwurf stellen, in ihrer früheren Tätigkeit als Generaldirektorin der Firma „Rosagrolising“ von 2007 bis 2008 einen Schaden von 1 Mrd. € verursacht zu haben.

Weitere Ermittlungsfälle betreffen das Ministerium für Regionalentwicklung wegen Unterschlagung von Mitteln in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrags bei der Vorbereitung des APEC-Gipfels in Wladiwostok Anfang September 2012 und wegen korrupter Mauscheleien bei der Errichtung des Satellitennavigationssystems GLOSNASS in einer Größenordnung von 6,5 Mrd. Rubel (ca. 162,5 Mio. €).

Ende November 2012 musste der Leiter der Energiebehörde von St. Petersburg seinen Hut nehmen, weil eine mit der Energiebehörde verbundene Firma der Stadtverwaltung optisch aufgearbeitete alte Rohe als neue

¹ <http://kommersant.ru/doc/2061535>

² <http://top.rbc.ru/politics/03/12/2012/834511.shtml>



verkauft hatte, was zu einer Häufung von Rohrbrüchen an gerade erst erneuerten Fernheizungsleitungen führte.

Erklärungsmuster Militärreform: Serdjukow war sowohl beim Militär als auch beim Militärisch-industriellen Komplex unbeliebt, weil er die nach dem Georgienkrieg im August 2008 von ihm eingeleitete Militärreform konsequent umsetzte und von Generalstabschef Makarow durchführen ließ. Serdjukow forderte im Rahmen seiner Militärreform die Verkleinerung des Offizierskorps von 335.000 auf 150.000. Die Zahl der Generale ist von 1.107 auf 886 zu reduzieren, die Zahl der Obristen von 25.665 auf 9.114, der Majore von 99.550 auf 25.000 und der Hauptleute von 90.000 auf 40.000. Der zentrale Apparat des Verteidigungsministeriums mit 10.523 Personen und die 11.290 Personen in den Organen der Militärverwaltung sind auf zusammen 8.500 zu reduzieren.

Außerdem anerkannten die Militärs Serdjukow wohl nicht wirklich, weil er – erstmals an der Spitze des russischen Verteidigungsministeriums – ein Zivilist ist, der bis zu seiner Ernennung als Verteidigungsminister die Steuerbehörde leitete. Unter Serdjukow erhöhte sich der Anteil der zivilen Mitarbeiter im Verteidigungsministerium von 13 % auf 46 %.³

Der neue Verteidigungsminister Schojgu nahm als erste Maßnahme die Anordnung Serdjukows zurück, 20 Militärhospitale aufzulösen. Auch hob er alle Maßnahmen bezüglich des Bildungsbereichs auf, die Serdjukow im Rahmen der Militärreform angeordnet hatte. Auf der Basis der bisher bestehenden 65 Militärschulen (15 Akademien, vier Militäruniversitäten, 46 Militärschulen und Militärinstitute) sollten zehn systembildende Militärhochschulen geschaffen werden: drei Lehrwissenschaftliche Einrichtungen, sechs Militärakademien und eine Militäruniversität. Der militärwissenschaftliche Lehrkörper sollte personell um 70 % reduziert werden, von 17.500 auf 5.000.

Erklärungsmuster Fait accompli gegen Putin: Serdjukow befand sich in einem permanenten Konflikt mit dem Militärisch-industriellen Komplex bezüglich der Preisgestaltung für die bestellten Rüstungsgüter und der Überprüfung ihrer Qualität. Wahrscheinlich nahm ihm die russische Rüstungsindustrie auch übel, dass er – zum ersten Mal seit 1940 – ein ausländisches Waffensystem bestellt hat, den französischen Hubschrauberträger „Mistral“.

Doch die russische Rüstungsindustrie ist überhaupt nicht in der Lage, all die modernen Rüstungsgüter zu produzieren, für die Geld da ist, weil viele Rüstungsbetriebe nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht mehr existieren, nicht über die erforderlichen modernen Anlagen verfügen oder sich auf die Produktion von zivilen Produkten umgestellt haben.

Dem Leiter der Präsidialadministration, Sergej Iwanow, passte nicht, dass Serdjukow eine Militärreform durchsetzte, die er selbst vorher, als er Verteidigungsminister war, stümperhaft versucht hatte. Der Stellvertretene Regierungschef Dmitrij Rogosin, der für die Rüstungsindustrie zuständig ist, war verärgert über Serdjukow, weil er keine Kopeke für die Rüstung ausgeben darf ohne Zustimmung von Serdjukow.⁴ Rogosin erklärte, dass er im Namen der Militärisch-industriellen Kommission bei der Regierung, deren Vorsitzender er ist, mehrmals den Präsidenten über Systemfehler in der Leitung des Verteidigungsministeriums informiert habe, besonders im

³ <http://kommersant.ru/doc/2061535>

⁴ <http://rospress.com/politics/11375/>



Bereich der Rüstungsbestellungen. Eine andere Person aus Putins „Politbüro 2.0“⁵ – neben Sergej Iwanow –, der Rüstungslobbyist Sergej Tschemesow, kritisierte als Generaldirektor der Hochtechnologieholding ROSTECHNOLOGII ebenfalls Serdjukow.

Aus all dem Gesagten kann der Schluss gezogen werden, dass Putin die Ablösung von Verteidigungsminister Serdjukow nicht wollte.⁶ Der russische Militäranalytiker Alexander Golz begründet das: Erstens: Als Putin in den Kreml zurückkehrte, war es kein Geheimnis, dass Serdjukow sein Amt abgeben wollte, denn er hielt die Militärreform für durchgeführt. Putin hätte bei der Bildung der neuen Regierung ohne Aufsehen das Verteidigungsressorts neu besetzen können. Zweitens: Als die Firma „Oboronserwis“ durchsucht wurde, empfing Putin Serdjukow, was eigentlich ein deutliches Signal war. Putin wurde in der Frage der Entlassung Serdjukows vor vollendete Tatsachen gestellt. Von wem, darauf gibt Golz keine Antwort.

Bei diesen Personen, die Putin vor ein fait accompli gestellt haben, kann es sich nur um das Triumphirat Sergej Iwanow, Rogosin und Tschemesow gehandelt haben, also vom Vertreter der Silowiki – dem FSB-Generalleutnant Sergej Iwanow – und den Rüstungslobbyisten Rogosin und Tschemesow. Wenn sie dazu in der Lage waren, dann ist das ein Zeichen dafür, dass Putins Integrationskraft im „Politbüro 2.0“ nachlässt.

Nicht wenige Militärs hoffen, dass der neue Verteidigungsminister, Armeegeneral Sergej Schojgu, mit der Militärreform Serdjukows, die zur Entlassung von 185.000 Offizieren geführt hat, Schluss macht.⁷ Außerdem bricht die Einführung des amerikanischen Brigadesystems mit der 300jährigen russischen militärischen Kultur der Landstreitkräfte, die in Divisionen und Regimentern gegliedert waren, und die nun ständig einsatzfähig sein müssen.

Präsident Wladimir Putin und Premier Dmitrij Medwedew gaben Schojgu das Signal, dass sie von ihm nicht die Abkehr von der Militärreform seines Amtsvorgängers erwarten. Deshalb entschloss sich Schojgu, um den massiven Druck der Militärreform abzufangen, zu einigen zweitrangigen Maßnahmen. Eine davon ist die faktische Aufgabe von Serdjukows Reform der Offiziersausbildung. Das noch aus Sowjetzeiten stammende bisherige Offiziersausbildungssystem, das nun praktisch weiter gelten wird, sieht vor, dass zuerst eine vierjährige Offiziersschule absolviert werden muss, dann für drei Jahre die Akademie der jeweiligen Teilstreitkraft und schließlich für vier Jahre die Generalstabsakademie. Dies war für Serdjukow nicht rationell, weil der Offizier durch dieses Ausbildungssystem bald die Hälfte seiner Militärdienstzeit von der Truppe getrennt ist. Serdjukow wollte einige Dutzend Militärschulen und -akademien schließen. An deren Stelle sollten zehn zu gründende Lehrzentren treten. Nach dem neuen System sollten die Offiziere ihre Grundausbildung einmal erhalten, bevor sie Leutnant werden. Vor jeder Übernahme einer neuen Aufgabe waren dann nur noch kurze Kurse zu besuchen. Dieses Reformvorhaben traf auf den harten Widerstand der von Entlassung bedrohten Professoren im Generalsrang, die Protestkampagnen organisierten.

⁵ http://www.stratagema.org/exclusive/research/research_2391.html

⁶ <http://inosmi.ru/russia/20121107/201876555.html>

⁷ <http://www.kommersant.ru/doc/2101305>



Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider